



Aktuelle konjunkturelle Entwicklung

Ausgabe 31 vom 2. August 2024

Themen:

Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2024 um 0,1 % niedriger als im Vorquartal	2
BIP sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3% gestiegen	3
DIW-Konjunkturbarometer Juli: Deutsche Wirtschaft kommt offenbar nicht richtig in Schwung.....	4
Inflationsrate im Juli 2024 voraussichtlich +2,3 %.....	5
Importpreise im Juni 2024: +0,7 % gegenüber Juni 2023	6
Erwerbstätigkeit im Juni 2024 leicht gestiegen	7
Fed lässt Leitzins unverändert	8
DIHK-Energiewendebarmeter: Energieprobleme verfestigen Abwanderungstendenzen	9
Entwicklung EURO-USD-Wechselkurs Staatsanleihen Ölpreis.....	10
Termine der kommenden Woche:	11

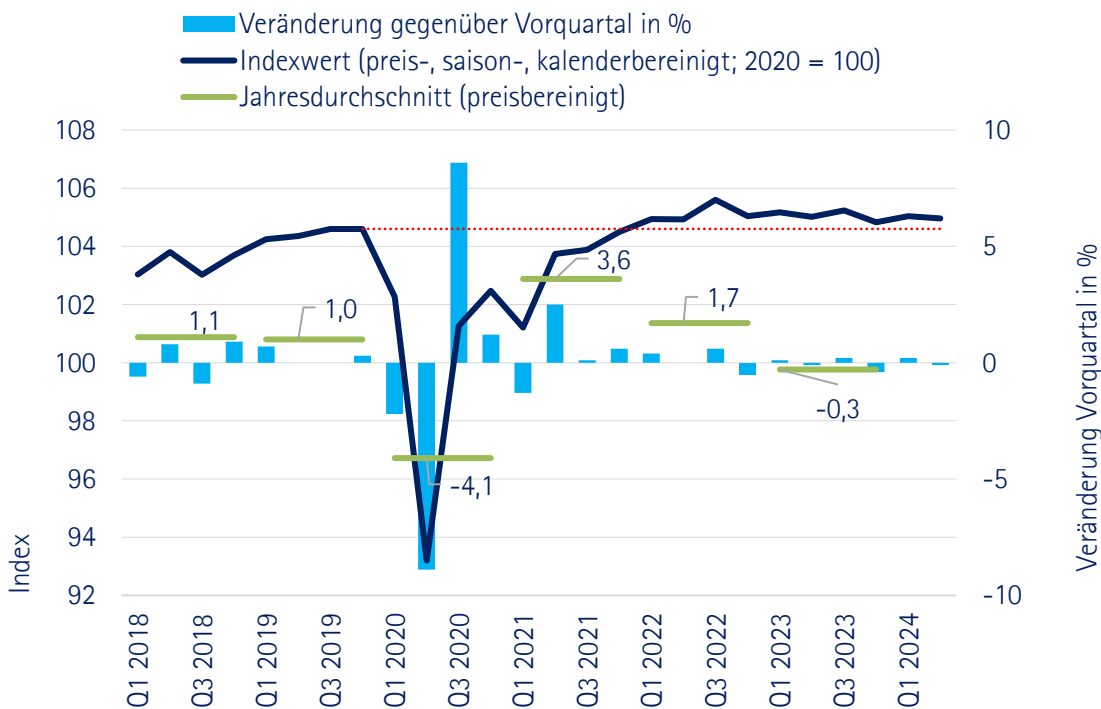
Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2024 um 0,1 % niedriger als im Vorquartal

+0,3 % zum Vorjahresquartal (preisbereinigt)

-0,1 % zum Vorjahresquartal (preis- und kalenderbereinigt)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 2. Quartal 2024 gegenüber dem 1. Quartal 2024 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,1 % gesunken, nachdem es zu Jahresbeginn 2024 noch leicht gestiegen war (+0,2 % im 1. Quartal 2024 zum 4. Quartal 2023). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, nahmen insbesondere die preis-, saison- und kalenderbereinigten Investitionen in Ausrüstungen und Bauten ab.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich gesunken

Im Vorjahresvergleich war das BIP im 2. Quartal 2024 preisbereinigt um 0,3 % höher als im 2. Quartal 2023. Preis- und kalenderbereinigt war das BIP um 0,1 % niedriger als im Vorjahresquartal, da im 2. Quartal 2024 ein Arbeitstag mehr zur Verfügung stand.

Hinweise zur Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Neben der Erstberechnung des 2. Quartals 2024 wurden die gesamten Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Rahmen der Generalrevision 2024 grundlegend überprüft, es wurden methodische Änderungen eingearbeitet sowie auf das Referenzjahr 2020 umgestellt. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, wurden die Ergebnisse für Deutschland zurück bis 1991 überarbeitet. Dadurch kommt es zu geänderten Ergebnissen ab 1991. Für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt insgesamt ergaben sich neue Veränderungsraten, die von den bisherigen Ergebnissen um bis zu 0,4 Prozentpunkte (Jahre) beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte (Quartale) nach oben oder unten abweichen (siehe Tabelle „Alt-Neu-Vergleich Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt“ am Ende dieser Pressemitteilung). Die wichtigsten Anpassungen der VGR Generalrevision 2024 sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes auf der Themenseite „Revisionen der VGR“ aufgelistet. Wie jedes Jahr im August wurden auch neu verfügbare statistische Informationen in die Berechnungen der Ergebnisse der vergangenen vier Jahre (ab 2020) sowie des 1. Quartals 2024 einbezogen.

Quelle: [DeStatis](https://www.destatis.de)

BIP sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3% gestiegen

+0,6% bzw. +0,7% im Vergleich zum zweiten Quartal 2023

Im Vergleich zum Vorquartal ist das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal 2024 sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3% gestiegen. Dies geht aus einer vorläufigen Schnellschätzung hervor, die von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht wird. Im ersten Quartal 2024 war das BIP auch in beiden Gebieten um 0,3% gestiegen. Diese vorläufigen BIP-Schätzungen basieren auf unvollständigen Datenquellen, die weiteren Revisionen unterliegen.

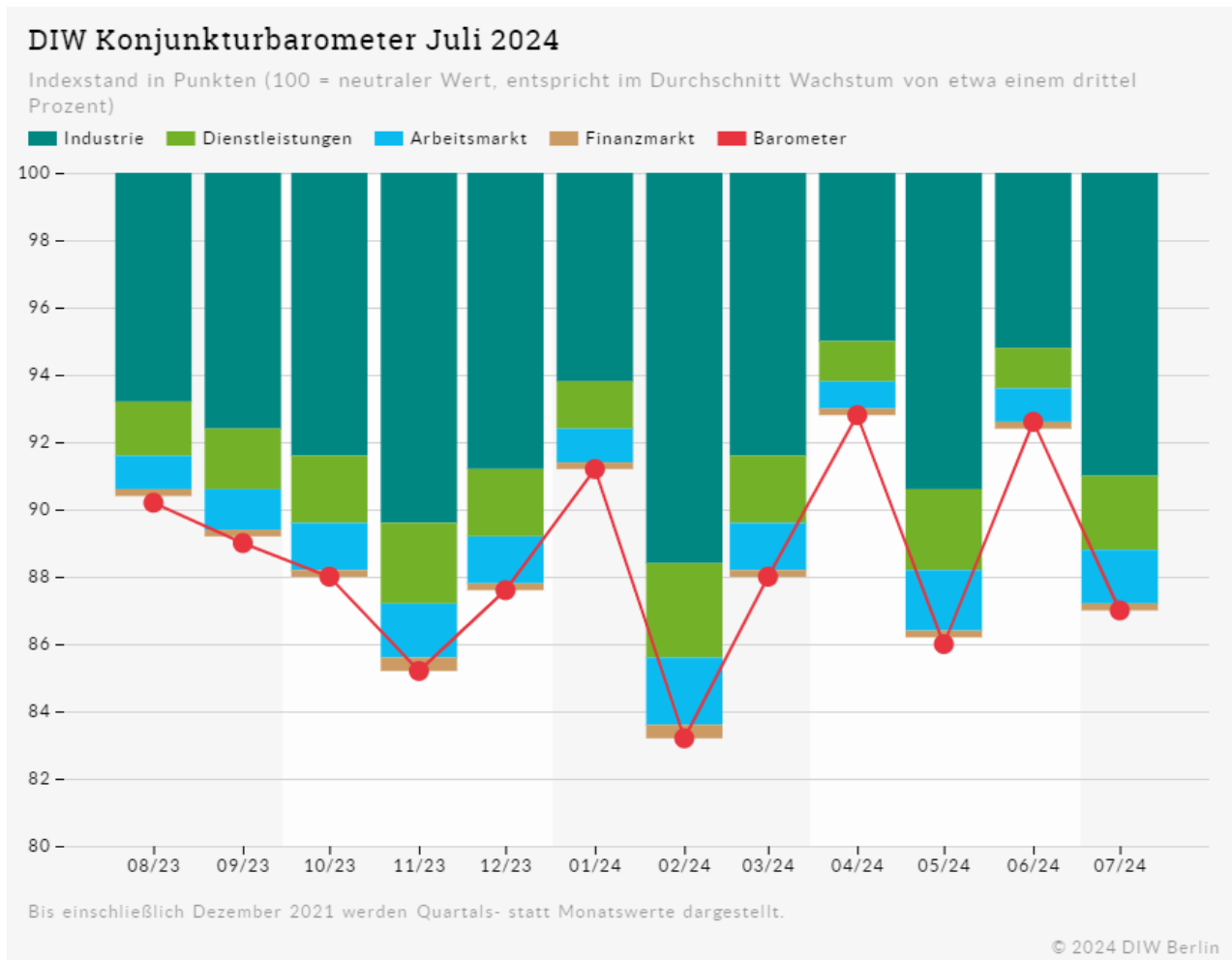
Veröffentlichte Wachstumsraten des BIP - Volumen bis zum 2. Quartal 2024 (auf der Grundlage saisonbereinigter Daten*)

	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorquartal				Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres			
	2023Q3	2023Q4	2024Q1	2024Q2	2023Q3	2023Q4	2024Q1	2024Q2
Euroraum	0,0	0,0	0,3	0,3	0,1	0,2	0,5	0,6
EU	0,1	0,0	0,3	0,3	0,2	0,4	0,6	0,7
Belgien	0,3	0,3	0,3	0,2	1,3	1,3	1,3	1,1
Tschechien	-0,4	0,3	0,2	0,3	-0,4	0,0	0,3	0,4
Deutschland	0,2	-0,4	0,2	-0,1	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1
Irland	-1,7	-1,5	0,7	1,2	-8,3	-9,8	-4,0	-1,4
Spanien	0,5	0,7	0,8	0,8	1,9	2,2	2,6	2,9
Frankreich	0,1	0,4	0,3	0,3	0,9	1,3	1,5	1,1
Italien	0,3	0,1	0,3	0,2	0,6	0,7	0,6	0,9
Lettland	-0,3	0,3	0,8	-1,1	0,2	-0,2	0,8	-0,4
Litauen	-0,1	-0,2	0,9	0,9	0,1	0,1	3,0	1,4
Ungarn	0,8	0,0	0,7	-0,2	-0,2	0,5	1,6	1,3
Österreich	-0,2	0,1	0,2	0,0	-1,7	-1,3	-1,3	0,0
Portugal	-0,2	0,7	0,8	0,1	1,9	2,1	1,5	1,5
Schweden**	0,2	0,3	0,5	-0,8	-0,7	-0,1	0,7	0,0

Quelle: [Eurostat](#)

DIW-Konjunkturbarometer Juli: Deutsche Wirtschaft kommt offenbar nicht richtig in Schwung

Das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist im Juli deutlich gesunken und liegt nun bei 87,0 Punkten – ein Minus von fünfteinhalb Punkten im Vergleich zum Juni. Damit entfernt sich der Barometerwert wieder von der neutralen 100-Punkte-Marke, die ein durchschnittliches Wachstum der deutschen Wirtschaft anzeigt. „Nach dem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung im vergangenen Vierteljahr kommt die Konjunktur wohl auch im laufenden dritten Quartal noch nicht richtig in Schwung – obwohl die Inflationsraten rückläufig sind und vielerorts Tariflohnsteigerungen vereinbart wurden“, sagt Geraldine Dany-Knedlik, Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik im DIW Berlin. „Dass viele Verbraucher*innen mittlerweile real wieder mehr Geld zur Verfügung haben, dürfte den privaten Konsum fortan aber beleben und in der zweiten Jahreshälfte eine etwas stärkere konjunkturelle Dynamik in Gang bringen“, so Dany-Knedlik.



Derzeit macht sich neben schwachen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen auch die gedämpfte Entwicklung der Weltwirtschaft bemerkbar – dies lastet auf der Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“. Die chinesische Wirtschaft expandiert weniger kräftig als früher und auch in der Europäischen Union ist die Entwicklung schwerfällig. Zudem klingen die Risiken nicht ab: Bei den Kriegen in Nahost und in der Ukraine zeichnet sich keine Entspannung ab. Hinzu kommt etwa der Handelsstreit zwischen der Europäischen Union und China und der ungewisse Ausgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

Vor allem die deutsche Industrie schwächelt aktuell: Die Industrieproduktion ist zuletzt wieder zurückgegangen und die Auftragseingänge kommen nicht in Schwung; der Auftragsbestand ist trotz stockender Produktion zuletzt gesunken. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Juli deutlich zurückgegangen – dabei schauen die Unternehmen sowohl auf die aktuelle Lage als auch in die Zukunft skeptischer als noch im Juni. „Die Erholung der Industrie lässt weiterhin auf sich warten. Die Industrieunternehmen scheinen derzeit eher abzuwarten, bis sich die weltwirtschaftliche Lage stabilisiert und das Zinsniveau weiter sinkt.“

Quelle: [DIW](#)

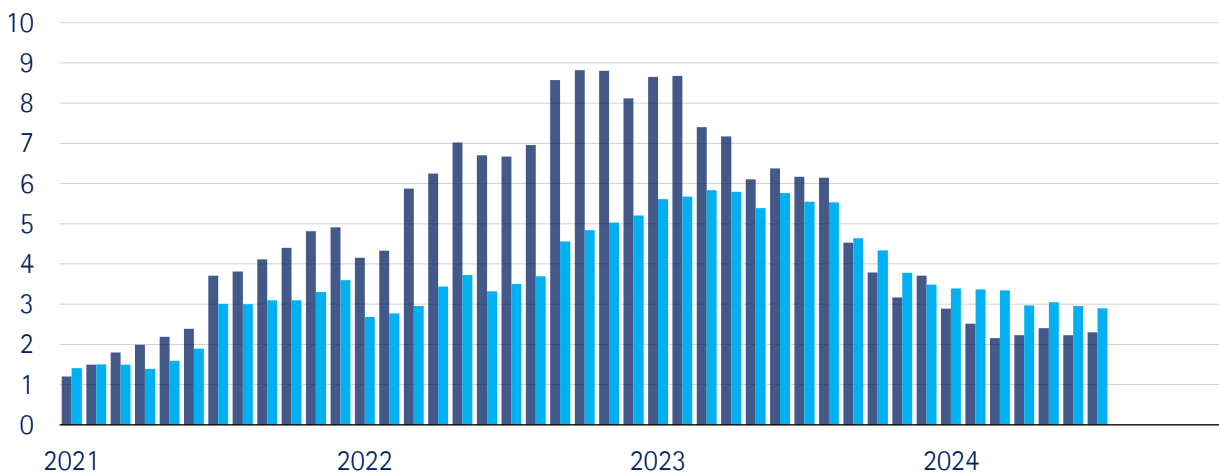
Inflationsrate im Juli 2024 voraussichtlich +2,3 %

Verbraucherpreisindex, Juli 2024:
 +2,3 % zum Vorjahresmonat (vorläufig)
 +0,3 % zum Vormonat (vorläufig)

Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Juli 2024:
 +2,6 % zum Vorjahresmonat (vorläufig)
 +0,5 % zum Vormonat (vorläufig)

Die Inflationsrate in Deutschland wird im Juli 2024 voraussichtlich +2,3 % betragen. Gemessen wird sie als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach bisher vorliegenden Ergebnissen weiter mitteilt, steigen die Verbraucherpreise gegenüber Juni 2024 voraussichtlich um 0,3 %. Die Inflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, oftmals auch als Kerninflation bezeichnet, beträgt voraussichtlich +2,9 %.

■ Inflation ■ darunter Kerninflation



Kerninflation = Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie

Jährliche Veränderung des Verbraucherpreisindex und ausgewählter Gütergruppen

Gesamtindex / Teilindex	Gewichtung	April 2024	Mai 2024	Juni 2024	Juli 2024 ¹
		in %			
Gesamtindex	1 000	2,2	2,4	2,2	2,3
Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie²	821,41	3,0	3,0	2,9	2,9
Dienstleistungen	503,36	3,4	3,9	3,9	3,9
Waren	496,64	1,2	1,0	0,8	0,9
darunter:					
Energie³	73,90	-1,2	-1,1	-2,1	-1,7
Nahrungsmittel	104,69	0,5	0,6	1,1	1,3

¹ Vorläufige Werte.

² Sogenannte Kerninflation.

³ Haushaltsenergie und Kraftstoffe.

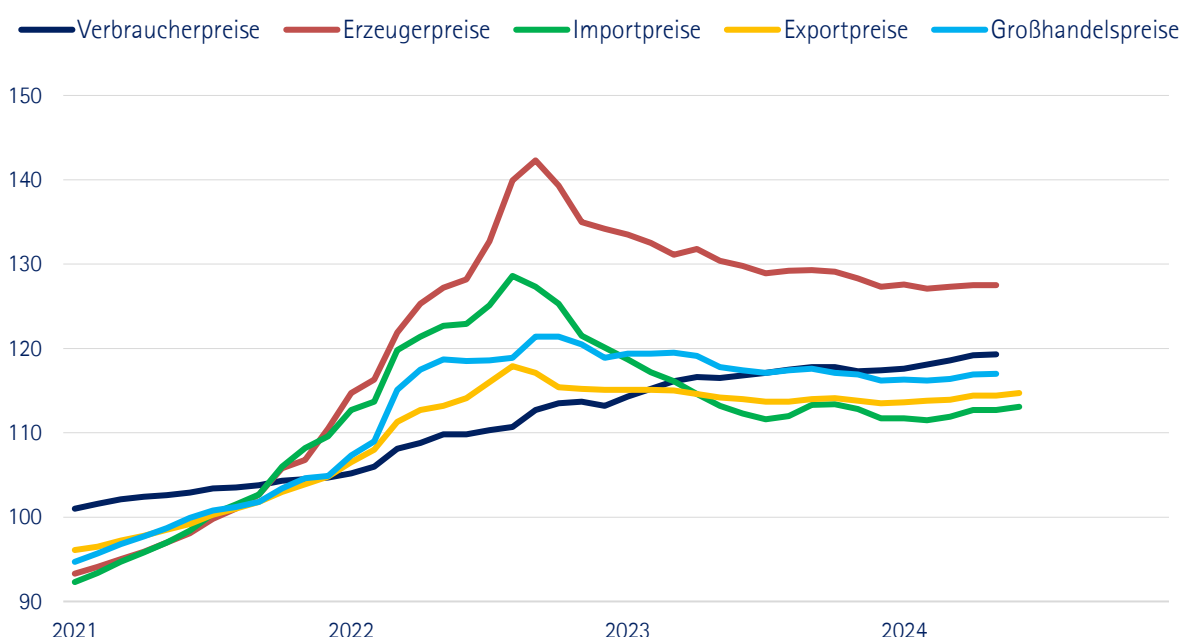
Quelle: [DeStatis](https://www.destatis.de)

Importpreise im Juni 2024: +0,7 % gegenüber Juni 2023

Importpreise, Juni 2024	Exportpreise, Juni 2024
+0,7 % zum Vorjahresmonat	+0,6 % zum Vorjahresmonat
+0,4 % zum Vormonat	+0,3 % zum Vormonat

Die Importpreise waren im Juni 2024 um 0,7 % höher als im Juni 2023. Im Mai 2024 hatte die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat bei -0,4 % gelegen, im April 2024 bei -1,7 %. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stiegen die Einfuhrpreise im Juni 2024 gegenüber dem Vormonat Mai 2024 um 0,4 %. Die Exportpreise lagen im Juni 2024 um 0,6 % über dem Stand von Juni 2023. Im Mai 2024 hatte die Jahresveränderungsrate bei 0,2 % gelegen, im April 2024 bei -0,2 %. Gegenüber dem Vormonat Mai 2024 stiegen die Exportpreise um 0,3 %.

Übersicht Preisentwicklung (Index 2021=100)



Anstieg der Importpreise im Vergleich zu Juni 2023 durch höhere Preise insbesondere bei Energie und Konsumgütern

Die Preisanstiege bei importierter Energie um 4,3 % und bei Konsumgütern um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat hatten im Juni 2024 den größten Einfluss auf die Gesamtentwicklung der Importpreise. Gegenüber Mai 2024 verteuerten sich die Energieeinfuhren um 2,3 % und Konsumgüter um 0,2 %.

Den größten Einfluss auf die Jahresveränderungsrate für Energie hatte Erdöl. Die Preise lagen hier im Juni 2024 um 10,5 % über denen von Juni 2023. Gegenüber Mai 2024 wurde Erdöl 2,3 % billiger. Teurer als vor einem Jahr waren auch Mineralölerzeugnisse (+6,5 %) und Erdgas (+1,4 %). Ein Preisanstieg bei Erdgas gegenüber dem Vorjahr war zum letzten Mal im Dezember 2022 beobachtet worden. Erheblich günstiger als im Vorjahresmonat waren dagegen Steinkohle (-12,4 %) und elektrischer Strom (-9,5 %). Während Steinkohle auch im Vormonatsvergleich billiger wurde (-2,1 %), verteuerte sich elektrischer Strom deutlich um 28,5 % gegenüber Mai 2024.

Ohne Berücksichtigung der Energiepreise waren die Importpreise im Juni 2024 um 0,3 % höher als im Juni 2023. Gegenüber Mai 2024 veränderten sie sich nicht. Lässt man nur Erdöl und Mineralölerzeugnisse außer Betracht, lag der Importpreisindex um 0,2 % über dem Stand des Vorjahres (+0,4 % gegenüber Mai 2024).

Quelle: [DeStatis](https://www.destatis.de)

Erwerbstätigkeit im Juni 2024 leicht gestiegen

Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland, Juni 2024

0,0 % zum Vormonat (saisonbereinigt)

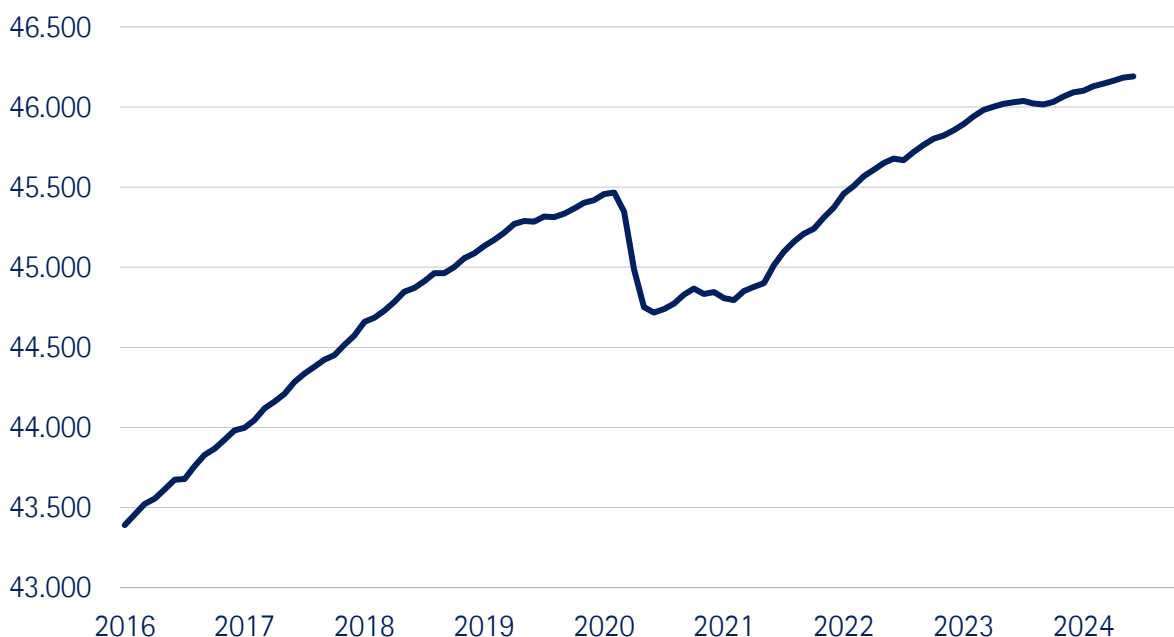
+0,1 % zum Vormonat (nicht saisonbereinigt)

+0,4 % zum Vorjahresmonat

Im Juni 2024 waren rund 46,0 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat leicht um 8 000 Personen (0,0 %). Im Mai 2024 war die Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vormonat um 21 000 Personen und damit etwas stärker angestiegen.

Nicht saisonbereinigt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Juni 2024 gegenüber Mai 2024 um 55 000 Personen (+0,1 %) zu. Der Anstieg fiel damit geringfügig schwächer aus als im Juni-Durchschnitt der Jahre 2022 und 2023 (+63 000 Personen).

Erwerbstätigkeit in Deutschland (Wohnort) (Saison- und kalenderbereinigte Werte; in 1.000 Personen)



Neuberechnung der Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit im Rahmen der Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Mit der heutigen Veröffentlichung der Ergebnisse für den Monat Juni 2024 legt das Statistische Bundesamt im Rahmen der Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Neuberechnete Zeitreihen ab 1991 zur Erwerbstätigkeit in Deutschland vor. Im Rahmen dieser Revision wurden – wie bei einer Generalrevision der VGR üblich – die bisherigen Ergebnisse ab 1991 überarbeitet und neue Informationen in die Berechnungen eingearbeitet.

Im Ergebnis führte die Generalrevision 2024 der VGR bei der Erwerbstätigenzeitreihe nach dem Inlandskonzept über den gesamten Revisionszeitraum ab 1991 zu einer leichten Niveauanhebung auf Quartalsebene um durchschnittlich rund 22 000 Personen (+0,1 %). Nach dem Inländerkonzept reduzierte sich die Erwerbstätigenzeitreihe im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 4 000 Personen (0,0 %). Ursache für diese gegenläufigen Revisionen war die Neuberechnung der grenzüberschreitenden Pendlerzahlen. Die bisher geltenden Aussagen über den konjunkturellen Verlauf der Erwerbstätigkeit in Deutschland wurden dabei bestätigt.

Quelle: [DeStatis](https://www.destatis.de)

Fed lässt Leitzins unverändert

Die US-Notenbank hält noch die Füße still und signalisiert zugleich Bereitschaft zu einer baldigen Zinswende. Die Währungshüter um Federal Reserve-Chef Jerome Powell belieben den geldpolitischen Schlüsselsatz am Abend in der Spanne von 5,25 bis 5,50 Prozent. Die Entscheidung war im Vorfeld so erwartet worden. Zugleich öffneten sie die Tür für eine Zinssenkung, die von den Marktteilnehmern nun im September erwartet wird. Im Begleittext zum Zinsentscheid war von einigen weiteren Fortschritten auf dem Weg zum Inflationsziel von zwei Prozent die Rede. Die Notenbank sieht die Inflation zugleich nur noch als "etwas erhöht" an. An den Finanzmärkten wird bereits seit längerem über eine Zinswende im September spekuliert. Powell machte aber deutlich, dass noch keine Vorentscheidung getroffen sei. Er sagte zudem, dass man bereits auf der aktuellen Sitzung eine Senkung diskutiert habe.

Zuletzt war die Spanne im Juli 2023 um 0,25 Prozentpunkte angehoben worden. Im Kampf gegen die Inflation erhöhten die Währungshüter die Zinsen stark, nachdem der Leitzins Anfang März 2022 noch zwischen null und 0,25 Prozent gelegen hatte. Im Jahr 2022 hatte diese zeitweise noch gut neun Prozent betragen. Die Rate liegt derzeit aber immer noch deutlich über dem von der Fed angestrebten Inflationsziel von zwei Prozent.

Inflation zuletzt rückläufig

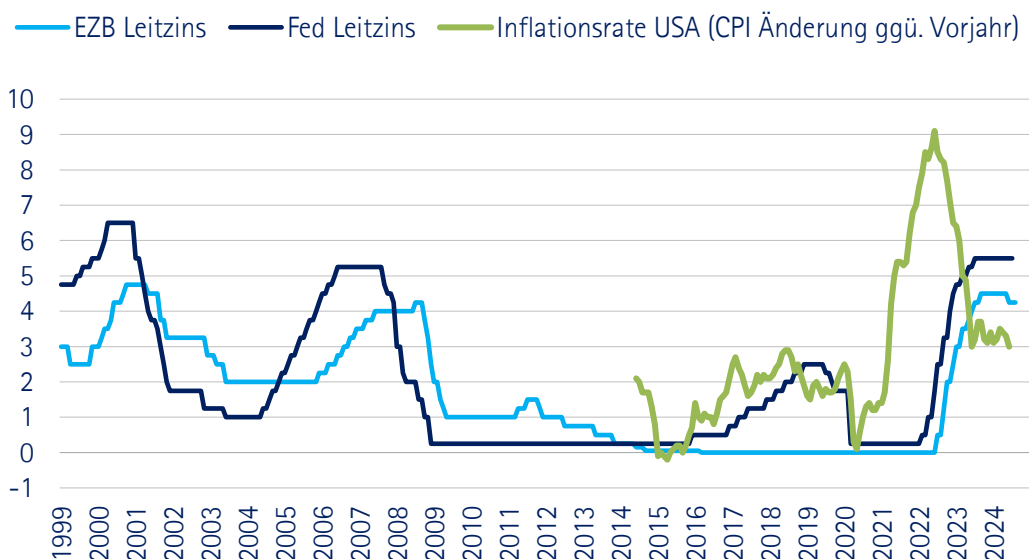
Die Währungshüter achten besonders auf die Preisentwicklung eines festen Warenkorbs, der auf die persönlichen Ausgaben der US-Konsumenten bezogen ist. Der hieraus berechnete sogenannte PCE-Index legte im Juni zum Vorjahresmonat nur noch um 2,5 Prozent zu, nach 2,6 Prozent im Mai. Und auch die Verbraucherpreise waren im Juni mit einer Teuerungsrate von 3,0 Prozent nicht mehr so stark gestiegen wie noch im Mai (3,3 Prozent).

Powell bringt den September ins Spiel

Notenbankchef Jerome Powell deutete auf seiner Pressekonferenz im Anschluss an den Zinsentscheid selber an, dass eine Zinssenkung im September anstehen könnte. Eine zu späte Reaktion könne die Wirtschaft schwächen. Gleichzeitig bleibe die Geldpolitik aber restriktiv, Ziel sei es weiter, die Nachfrage zu verringern. Er betonte zudem, dass die Bank sich ganz an ihrem doppelten Mandat orientiere. Anders als die EZB ist sowohl Preisstabilität als auch Vollbeschäftigung das Ziel der US-Notenbank. Powell sprach von einem starken, aber nicht überhitzten Arbeitsmarkt.

US-Inflation und EZB/Fed-Leitzinssatz

(Verbraucherpreisindex, Veränderungsrate zum Vorjahresmonat in Prozent)



Quelle: Europäische Zentralbank, Finanzen.net, investing.com, Bureau of Labor Statistic

Quelle: [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), finanzen.net

DIHK-Energiewendebarmeter: Energieprobleme verfestigen Abwanderungstendenzen

DIHK stellt Energiewende-Barometer 2024 vor

Hohe Preise und fehlende Planbarkeit der Energieversorgung sind für die Unternehmen am Standort Deutschland mehr denn je ein Produktions- und Investitionshemmnis. Das zeigt das bundesweite IHK-Energiewende-Barometer 2024.

Mit der Erhebung bildet die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) seit 2012 die Einschätzungen von rund 3.300 Unternehmen aus der Breite der deutschen Wirtschaft ab.

Demnach verfestigt sich vor allem der Abwanderungstrend bei den Industrieunternehmen: Aktuell erwägen vier von zehn Industriebetrieben, ihre Produktion am Standort Deutschland wegen der Energiesituation einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Bei den Industrieunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern denken inzwischen sogar mehr als die Hälfte darüber nach.

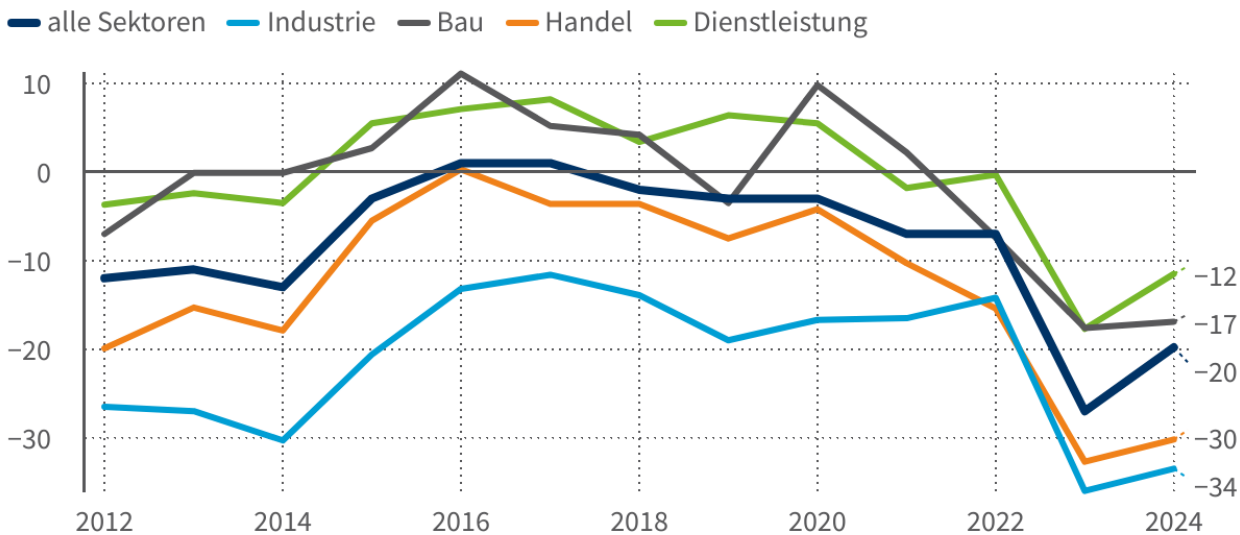
Beschädigtes Vertrauen vor allem in der Industrie

"Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik ist stark beschädigt", fasst der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks die Ergebnisse zusammen. "Der Politik ist es bisher nicht gelungen, den Unternehmen eine Perspektive für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung aufzuzeigen." Das gelte insbesondere für die Industrie. Dercks: "Während in den Jahren vor 2023 viele Unternehmen auch Chancen in der Energiewende für den eigenen Betrieb sahen, überwiegen zuletzt aus ihrer Sicht deutlich die Risiken."

Barometerwert bei minus 20

Die zentrale Frage des Energiewende-Barometers lautet "Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?" Auf einer Skala von minus 100 für "sehr negativ" bis plus 100 für "sehr positiv" ergibt sich aktuell über alle Branchen hinweg ein Wert von minus 20.

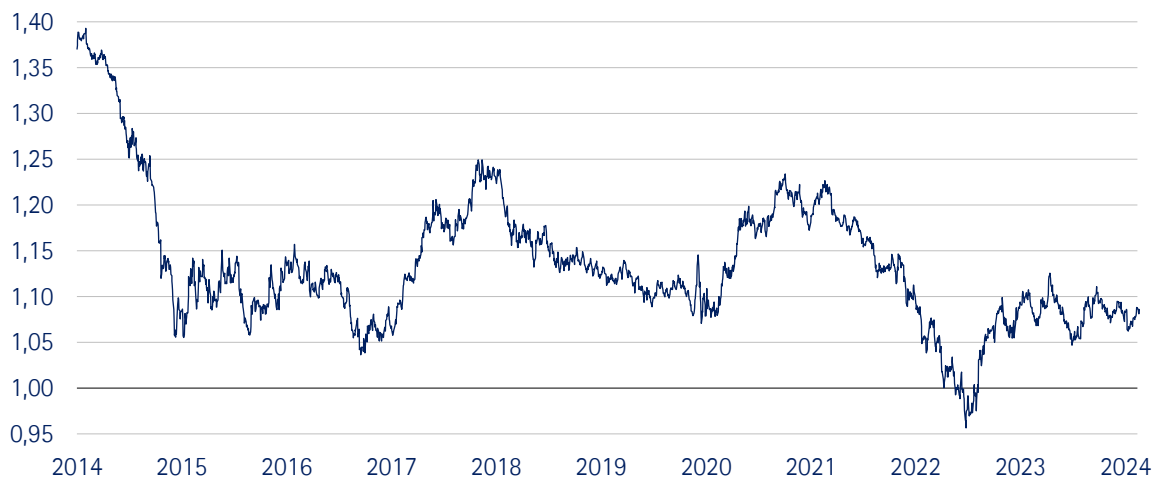
Branchenwerte im Zeitablauf



Quelle: [DIHK](#)

Entwicklung EURO-USD-Wechselkurs | Staatsanleihen | Ölpreis

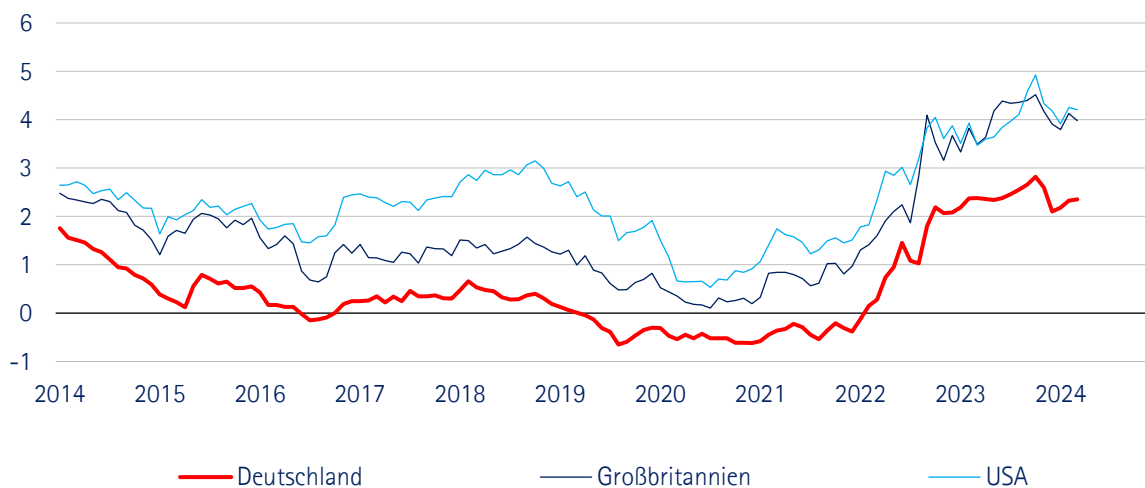
Euro-Dollar-Entwicklung



Ölpreis (Euro, Brent je Barrel, Monatsdurchschnitt)



Rendite 10-jährige Staatsanleihen (in %)



Quellen: EZB, finanzen.net

Termine der kommenden Woche:

06.08.	Verarbeitendes Gewerbe (Auftragseingang und Umsatz), Juni 2024	DeStatis
07.08.	Außenhandel, Juni 2024	DeStatis
07.08.	Produktionsindex, Juni 2024	DeStatis
08.08.	Lkw-Maut-Fahrleistungsindex	DeStatis
09.08.	Verbraucherpreisindex (inklusive Harmonisierter Verbraucherpreisindex), endgültige Ergebnisse, Juli 2024	DeStatis
09.08.	Inlandstourismus, Juni 2024	DeStatis
09.08.	Insolvenzen, Mai 2024 + Schnellindikator Juli 2024	DeStatis